



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 05.12.2017

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

entschuldigt:

Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Monika Holl

Stellvertreter:

Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Bruno Mader

nur TOP 1

Gäste:

Walter Fritsche, BIBERACH KOMMUNAL
Stadtrat Ulrich Heinkele
Gerd Mägerle, Schwäbische Zeitung
Stadträtin Silvia Sonntag

TOP 1 teilweise

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2017

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen

Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait

Irene Emmel, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

Wilfried Erne, Hauptamt

Julian Gröschl, Kulturamt

Christian Jäger, Organisation und EDV

Tanja Kloos, Amt für Bildung, Betreuung u. Sport

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Margit Leonhardt, Kämmereiamt

Birgit Locher, Kulturamt

Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer

Robert Walz, Gebäudemanagement

Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt

Erster Bürgermeister Roland Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Behandlung der Tagesordnung - Marketingprozess	
2.	Gesamtliste Haushaltsanträge 2018	2017/223
3.	Änderung der Miet- und Benutzungsordnungen für städtische Veranstaltungshallen "Medienberichterstattung"	2017/215
4.	Anpassung der städtischen Förderung von Bühnenproduktionen von Vereinen und Stiftungen in der Stadthalle zum 01. Januar 2018	2017/216
5.	Fortsetzung des Cateringkonzepts der Stadthalle Biberach	2017/218
6.	Offene Anträge - Antrag der CDU-Fraktion im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2017	2017/034
7.	Bekanntgaben und Verschiedenes	
7.1.	Bekanntgabe eines nichtöffentlichen Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.04.2017	2017/139
7.2.	Verschiedenes - Stadtführungs-Software	

Die Mitglieder wurden am 23.11.2017 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 29.11.2017 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. **Behandlung der Tagesordnung - Marketingprozess**

OB Zeidler gibt bekannt, dass TOP 4, der Bericht über den Markenbildungsprozess, vom öffentlichen Teil der Sitzung in den nicht-öffentlichen Teil verlegt wurde.

TOP 2. Gesamtliste Haushaltsanträge 2018

2017/223

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/223 zur Beratung vor. Angeschlossen ist dieser Niederschrift die Version, in der bereits die Ergebnisse der aktuellen Hauptausschusssitzung eingetragen sind. Punkte, die mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt erklärt wurden, tauchen daher in der Regel im Protokoll nicht eigens auf.

Ziffer 6: Bessere Beschilderung städtischer Einrichtungen
– Antrag der CDU-Fraktion

OB Zeidler teilt mit, nicht ganz verstanden zu haben, worum genau es bei diesem Antrag gehe. Sollte es um die Beschilderung der Sporthallen in der Bildungs- und Sportmeile gehen, dann teile er die Ansicht, dass die Sporthallen etwas schwierig beschriftet seien und man dieses Thema angehen sollte.

StR Walter erklärt, mit der Antwort der Verwaltung ganz zufrieden zu sein. Es gehe auch um die Beschilderung der Wege zu den Hallen. Auswärtige Besucher hätten zwar meist ein Navigationsgerät, aber dennoch immer wieder Probleme, die Hallen und die entsprechenden Parkplätze zu finden. Die CDU-Fraktion wäre aber auch damit zufrieden, wenn die Vorlage wie angekündigt im ersten Halbjahr komme.

OB Zeidler meint, dass es dann wohl um die Stadteingangstafeln gehe. Das Thema Aus- und Beschilderung der Sporthallen müsste dann noch einmal gesondert aufgegriffen werden.

StR Hummler ergänzt, dass die Gymnasien in der Wegweisung auch nicht enthalten seien. Bei der Querspange und am Bismarckring wäre ein Hinweis auf die Gymnasien sinnvoll.

OB Zeidler weist darauf hin, dass es immer ein schmaler Grat sei zwischen Ausweisung und Schilderwald. Die Verwaltung werde noch einmal nacharbeiten.

Mit der Zusage von OB Zeidler ist der Antrag erledigt.

Ziffer 24: Konzept IT-Beschaffung und IT-Wartung
– Antrag der CDU-Fraktion

StR Walter erklärt, mit der Antwort einverstanden zu sein.

StR Mader bittet darum, alternative Möglichkeiten zu prüfen, beispielsweise eine Leasingoption.

Amtsleiter Erne teilt mit, das Kaufmodell bewusst gewählt zu haben. Es gebe aber die Möglichkeit, durch Virtualisierung Geld einzusparen, er mache sich hierüber Gedanken. Für das nächste Jahr sei ein IT-Bericht geplant und hier würde er dieses Thema gerne aufgreifen.

Damit ist der CDU-Antrag erledigt.

Ziffer 25: Anschaffung eines E-Mobils für Bauhof/Verwaltung/Botendienst
– Antrag der CDU-Fraktion

StR Walter erklärt, mit der Antwort der Verwaltung zufrieden zu sein. Einerseits solle der Vorsprung anderer Städte nicht größer werden, andererseits wisse man aber auch nicht, in welche Richtung sich die Automobilindustrie bewege und man müsse es auch nicht übertreiben. Der Einstieg, wie von der Verwaltung dargestellt, sei richtig.

StR Dr. Metzger weist darauf hin, dass die Post bereits Elektrofahrzeuge nutze. Man solle bei der Post anfragen. Deren Fahrzeuge seien speziell für kurze Strecken ausgelegt.

OB Zeidler ergänzt, dass die Stadt Stuttgart zwei Elektrofahrzeuge für ihre Botenmeisterei angeschafft habe. Leider seien die Fahrzeuge mit rund 40.000 Euro noch etwas teuer. Vielleicht müsse man da wirklich noch etwas warten, die Verwaltung sei hier aber aufgeschlossen.

Damit ist der CDU-Antrag erledigt.

Ziffer 26: Schaffung einer Justinus-Heinrich-Knecht-Büste
– Antrag der CDU-Fraktion

StR Dr. Metzger teilt mit, etwas überrascht gewesen zu sein über den Vorschlag der CDU. Eine Büste halte er für etwas altmodisch. Es sei besser, sich etwas Neues einfallen zu lassen. So könnte beispielsweise für den Vorspielraum eine Tafel gestaltet werden. Dies koste dann auch weniger als 15.000 Euro.

OB Zeidler teilt mit, dass der Verwaltung schon etwas vorschwebte und das auch einmal vorgetragen werde.

StR Walter teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag des Vorsitzenden des Musikvereins habe aufgreifen wollen. Sie habe aber auch nicht über diesen Vorschlag hinausgehen wollen. Die CDU-Fraktion sei offen und sehr gespannt auf die Vorschläge der Verwaltung.

Damit ist der CDU-Antrag erledigt.

Ziffer 28: Spezialsoftware für Stadtführungen
– Anfrage der CDU-Fraktion

StR Walter teilt mit, nicht verstehen zu können, weshalb die Software so teuer sein müsse.

Amtsleiter Erne teilt mit, dass die Anschaffung nicht mit der IT abgesprochen worden sei. Aus diesem Grund könne er dazu nichts sagen. Er werde aber Informationen nachreichen.

Mit der Zusage der Verwaltung ist die Anfrage der CDU-Fraktion erledigt.

Ziffer 31: Sortierung der Anlage 31 nach Überbegriffen

– Antrag der SPD-Fraktion

StR Mader erklärt, mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden zu sein. Die SPD hatte eine Gliederung nach Sparten erwartet, wie beispielsweise Musikvereine, Soziale Dienste, Sportvereine etc. Dadurch würde man Doppelungen auf einen Blick erkennen können. Im Moment sei dies aus der unübersichtlichen Anlage 13 nicht zu erkennen.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, keine andere Gliederung liefern zu können als die im Haushaltsplan. Ansonsten würden die Zahlen nicht mehr übereinstimmen.

StR Mader erwidert, dass die Kostenstellen das eine seien. Das andere sei eine rubrikartige Überschrift. So schwierig könne dies nicht sein.

OB Zeidler schlägt vor, dass es im nächsten Jahr eine Anlage 13 geben solle wie gehabt und zusätzlich eine Aufstellung sortiert nach Sport, Musik, Soziales etc.

StR Walter sieht es wie StR Mader. Es sei einmal eine Arbeit und dann wäre es erledigt.

EBM Wersch erklärt, dass der Vorschlag mit aufgenommen werde.

Mit der Zusage der Verwaltung ist der Antrag der SPD-Fraktion erledigt.

Ziffer 32: Zuwendung für „Verein der Freunde der Hochschule Biberach e.V.“

– Anfrage der SPD-Fraktion

StR Dr. Metzger möchte wissen, ob die Stadt noch Mitglied in dem Verein sei.

Amtsleiterin Leonhardt bejaht dies. Die Stadt sei noch Mitglied, habe aber keine Spende mehr geleistet.

Ziffer 36: „Nichtantastbare Rücklage“ als Risikovorsorge

– Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk erklärt, dass der FDP-Antrag eigentlich nur das mit einer konkreten Zahl hinterlege, was die Verwaltung immer in den Haushaltsplan schreibe. Er sei daher enttäuscht von der Antwort der Verwaltung. Die 80 Millionen Euro sollten jedes Jahr im Haushaltsplan aufgerufen werden.

StR Walter erwidert, mit der Antwort der Verwaltung und dem bisherigen Verfahren einverstanden zu sein. Er sehe keinen Anlass, dies zu ändern. Es ergebe auch keinen Sinn, denn wenn die Stadt in eine Notlage geraten würde, müssten die Rücklagen ohnehin angefasst werden, unabhängig davon, wie diese heißen.

StR Mader meint auch, dass es nicht sinnvoll sei. Es gebe keine unantastbaren Rücklagen. Daher könne die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

StRin Etzinger meint, dass die Antwort der Verwaltung passe. Trotzdem sei der Antrag der Freien Wähler gut, denn bei diesem gehe es darum, zusätzliche Einnahmen der Rücklage zuzuführen.

StR Funk erwidert, dass es egal sei, ob es sich um zusätzliche Einnahmen handele. Künftig solle es eine Rücklage geben.

StRin Goeth stellt klar, dass es beim Antrag der Freien Wähler darum gehe, keine neuen Investitionen aufgrund zusätzlicher Steuereinnahmen zu tätigen. Es gebe den Investitionsplan und aufgrund dessen gehe die Rücklage schon auf unter 80 Millionen Euro zurück.

StR Mader meint, dass die Anträge von FDP und Freien Wählern durchaus ähnlich seien. In beiden Fällen gehe es darum, etwas der Rücklage zuzuführen und dort zu binden. Es stelle sich auch die Frage, ob die Freien Wähler in diesem Punkt wirklich in sich gegangen seien. Seiner Erinnerung nach seien die meisten Extra-Anträge während des Jahres von den Freien Wählern gekommen, beispielsweise die Eislaufenanlage. Der Gemeinderat brauche sich nicht zusätzlich zu knebeln.

StR Funk erwidert, dass die Rücklage jedes Jahr nach Beschluss des Investitionsplans aufgerufen werden solle. Im Zweifelsfall müsse die Rücklage dann entsprechend des Investitionsplans reduziert werden. Dies sei die Intention des FDP-Antrags und er halte diese für logisch und nachvollziehbar.

EBM Wersch erklärt, dass er so viel Geld wie möglich in der Rücklage haben möchte. Man müsse aber nicht nur das Haushaltsjahr anschauen, sondern auch die Finanzplanung. Würde der Antrag angenommen hieße das, dass alle Investitionen in 2021 neu diskutiert werden müssten, da man bei der Rücklage auf 66 Millionen zurückfallen würde. So eine starre Regelung sei daher nicht unproblematisch, da die mittelfristige Finanzplanung immer dazugehöre.

StR Funk stellt klar, dass die 80 Millionen nicht starr sein, sondern aus dem Finanzplan folgen sollen.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag der FDP-Fraktion mit 1 Ja-Stimme (StR Funk) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Ziffer 37: Generalantrag: Erzielte höhere Gewerbesteuererinnahmen als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, werden grundsätzlich der Allgemeinen Rücklage zur Erhöhung der Risikovorsorge zugeführt und führen zu keinen neuen Projekten.

– Antrag der Freien Wähler

Ohne Aussprache wird der Antrag der Freien Wähler bei 5 Ja-Stimmen und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Ziffer 50: In der Waldseer Straße wird in etwa auf der Höhe des evangelischen Gemeindehauses eine Querungshilfe eingebaut

– Antrag der Freien Wähler

Das Thema wird einvernehmlich in den Bauausschuss verwiesen.

Ziffer 51: Budgetierungen der Schulen
– Anfrage der CDU-Fraktion

StR Walter stellt klar, dass es der CDU darum gehe zu erfahren, wofür die Schulen ansparen. Wenn man wisse, wofür eine Schule anspare, dann würden sich auch hohe Summen relativieren.

OB Zeidler sagt zu, dass bei den Schulen nachgefragt werde.

Mit der Zusage der Verwaltung ist die Anfrage der CDU-Fraktion erledigt.

Ziffer 54: Letztes Kindergartenjahr gebührenfrei
– Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk erklärt, dass dies ein altes Thema sei und die Fronten klar seien. Da es zwischenzeitlich einige Wechsel im Gemeinderat gegeben habe sei es legitim, diesen Antrag erneut zu stellen. Im Vergleich zu dem Gesamtbetrag, der für die Kinderbetreuung ausgegeben werde, handele es sich bei den Kosten für ein beitragsfreies letztes Jahr um Peanuts.

StRin Authaler wirft ein, dass dies nichts bringe, da in Biberach wahrscheinlich gerade einmal ein Kind davon betroffen sei. Was man sich überlegen könne sei sozial schwächere Familien, die knapp über der Grenze für einen Härtefallantrag liegen, etwas mehr zu unterstützen. Aber nicht generell ein Jahr beitragsfrei stellen.

StR Dr. Metzger teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion dem Antrag anschließen werde. Es sei heute erst zu lesen gewesen, dass die Kinder mit immer schlechteren Deutschkenntnissen in die Grundschule kommen. Durch ein freies letztes Kindergartenjahr könne man erreichen, dass mehr Kinder in die Kindergärten gehen.

StRin Goeth zitiert aus einem Bericht der Schwäbischen Zeitung vom 20. Oktober. Diesem Bericht zufolge habe die FDP-Landtagsfraktion ein gebührenfreies letztes Kindergartenjahr als Fehlinvestition kritisiert.

StR Dr. Schmid führt aus, dass sich auch die Grünen dem Antrag der FDP anschließen werden.

StR Hummler meint, dass man sich mit Sicherheit über die Vor- und Nachteile eines Vorschuljahrs unterhalten könne. Nur wenn es ein Vorschuljahr geben solle, dann müsste dies verpflichtend sein. Damit wäre dann das Land zuständig und dies sei auch in Ordnung so. Es sei aber keine kommunale Aufgabe.

StR Funk erklärt, dass in der FDP eben kontrovers diskutiert werde. Für ihn sei dies einfach eine Familienkomponente.

OB Zeidler verweist auf die Antwort der Verwaltung und bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass bei vier Jahre Kindergartenbesuch bereits heute sechs Monate beitragsfrei seien. Die Härtefallregelungen für sozial schwächere Familien noch einmal näher anzuschauen, halte er für einen sinnvollen Vorschlag.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag der FDP-Fraktion mit 7 Ja-Stimmen und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Ziffer 56: Erhöhung der Kindergartenbudgets

– Anfrage der CDU-Fraktion

StR Authaler möchte wissen, was die Budgetierung mit den Krippenverträgen zu tun habe.

Amtsleiterin Kloos erklärt, dass die Themen nichts miteinander zu tun haben. Es gehe lediglich darum, die Themen nacheinander abzuarbeiten.

Ziffer 57: Entwicklung eines Konzepts, den Sportplatz Lindele als Freizeitplatz für Jugendliche und Familien umzuwidmen

– Antrag der SPD-Fraktion

StR Mader teilt mit, mit der Antwort der Verwaltung zufrieden zu sein. Sein Wunsch sei, hier einen Familienplatz zu schaffen, auf dem gegrillt und gespielt werden kann. Er meine auch, dass dies bei gutem Erhalt des Sportplatzes gar nicht so teuer werden dürfte.

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion erledigt.

Ziffer 73: Stärkung des neuen ÖPNV-Konzeptes – Entwicklung einer Informations- und Marketing-offensive

– Antrag der CDU-Fraktion

StR Walter zeigt sich zufrieden mit der Antwort der Verwaltung. Allerdings sollte man sich anschauen, wie man innerstädtisch die Vorverkaufsmöglichkeiten deutlich verbessern könnte. Die 10-er Karte sei sehr gut angenommen worden, im Aufsichtsrat sollte diskutiert werden, ob man dieses Angebot nicht dauerhaft einführen könnte. Der Zugang zu den Bussen werde mit diesem Angebot deutlich erleichtert.

StRin Kübler schließt sich der Forderung der CDU-Fraktion an. Ein dauerhaftes 1-Euro-Ticket wäre gut.

StR Walter teilt mit, dass die CDU-Fraktion auf jeden Fall darüber nachdenke, wie sich die Preisstruktur vereinfachen ließe. Die Preise sollten auch transparenter dargestellt werden. Das Tagesticket sei beispielsweise vielen gar nicht bekannt. Dann könnte man auch über das 1-Euro-Ticket nachdenken.

StR Dr. Schmid findet den Vorschlag der CDU-Fraktion auch gut. Das einzige was ihm fehlt sei der Begriff "preiswert". Man müsse die Preise der Busfahrten auch einmal vergleichen mit der ersten kostenfreien Stunde Parken. Hier habe man eine Ungleichheit der Systeme. Die Grünen möchten einen erfolgreichen ÖPNV auch um die Verkehre und die Schadstoffbelastung zu reduzieren. Die Preise seien hier eine wesentlich Stellschraube um das Konsumverhalten zu steuern.

Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion erledigt.

Ziffer 74 und Ziffer 75: Einstellung von finanziellen Mitteln für zwei Jahre „ÖPNV – kostenfrei“ – Anträge der Grünen- und SPD-Fraktion

StR Dr. Schmid führt aus, dass viel hinter einem erfolgreichen ÖPNV stecke und der Preis eine ganz wesentliche Stellschraube sei. Auch beim ZOB und der Vertaktung des Umlands müsse noch einiges getan werden. Etwas betrüblich habe er den Satz mit den "nicht überschaubaren Nachfragerisiken" gefunden. Die Grünen wären ja gerade froh über eine große Nachfrage.

StRin Kübler erklärt, dass das 10er-Ticket sehr gut ankomme. Dies zeige, wie wichtig und richtig die Forderung der SPD nach einem kostenlosen ÖPNV sei. Zwei kostenlose Schnupperwochen seien zu wenig und sie frage sich, weshalb man es nicht ein bis zwei Jahre probiere. Die ganzen Gegenargumente hielte sie für lösbar, wenn der wirkliche Wille da wäre. Die Punkte 4 und 5 hätten auch die SPD nachdenklich gemacht. Es sei natürlich nicht der Wunsch der SPD, die Fußgänger und Fahrradfahrer zum Busfahren zu zwingen.

StR Hummler meint, dass Preisnachlässe natürlich immer gern gesehen würden. Aber man müsse eine Balance finden zwischen öffentlicher Finanzierung des ÖPNV und einer angemessenen Eigenbeteiligung. Der ÖPNV sei schon bisher hoch subventioniert und die Preise nicht kostendeckend. Nun aus politischen Gründen über das Ziel hinauszuschießen und zwei kostenfreie Jahre anzubieten, halte er für übertrieben. Zudem sei nach zwei Jahren eine Rückkehr zu Preisen kaum vorstellbar. Man binde sich somit ein großes Problem ans Bein. Auch ein Missbrauch sei nicht auszuschließen und vielleicht würden sich Leute wirklich einen Spaß daraus machen, drei Stunden lang mit dem Bus durch die Gegend zu fahren. Die zwei Wochen kostenfrei hätten nicht den Sinn, zu einer massiven Entlastung zu führen, sondern sie sollen den ÖPNV schmackhaft machen.

StR Funk erklärt, dass sich die FDP-Fraktion einen zeitlich beschränkten Versuch bei einer Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 310 Prozentpunkte sehr gut hätte vorstellen können. Nun seien die Mittel etwas reduzierter. Die Gegenargumente könnte man immer bringen. Es sei durchaus möglich, den Bürgern auf diesem Wege etwas zurückzugeben und bisher habe man mit diesem Haushalt den Bürgern noch gar nichts zurückgegeben. Parken und ÖPNV müssten immer parallel angeschaut werden und die FDP mache dies schon seit Jahren. Die FDP könnte sich vorstellen, einen bestimmten Betrag freizugeben für gute Ideen im ÖPNV.

StR Hummler stimmt StR Funk zu. Auch die CDU-Fraktion lehne einen kostenlosen ÖPNV ab. Ansonsten wollten Autofahrer auch umsonst parken und dann wäre das Thema aus seiner Sicht nicht mehr einzufangen. Die CDU-Fraktion möchte das tolle Konzept, das nun kurz vor der Umsetzung stehe, auch nicht mit der jetzigen Preisdiskussion schlechtreden. Dies ärgere ihn ein wenig.

StRin Jeggle verweist darauf, dass umliegende Gemeinden nicht am Konzept beteiligt sind. Ein kostenloses Angebot in Biberach würde Hürden für umliegende Gemeinden aufbauen. Eine größere Gemeinsamkeit im ÖPNV wäre wünschenswert und sollte zuerst angegangen werden. Zudem wüssten doch alle, dass man sich den ÖPNV ohne den Schülerverkehr gar nicht leisten könnte.

EBM Wersch stellt klar, dass alles Handeln der Verwaltung den Bürgern zu Gute komme. Die Punkte 3 und 5 bitte er sachlich zu nehmen. Es könnte passieren, dass die Busse nicht reichen und

daher müsse man sich Gedanken darüber machen, wie mit einer massiv gestiegenen Nachfrage umgegangen werden könnte. Einen Preis, der auf Null gehe, sei für eine extrem teure Maßnahme keine vertrauensbildende Maßnahme, wenn man ihn schon bald wieder planmäßig oder unplanmäßig anheben müsse. Es müsse darum gehen, Preise zu bilden, die man den Menschen auf Dauer anbieten kann. Eine zuverlässige Preispolitik schaffe Vertrauen und Zuspruch in den ÖPNV.

StR Dr. Schmid stellt klar, dass der ÖPNV nicht schlecht geredet werde. In seiner Haushaltsrede habe er hervorgehoben, wie super der ÖPNV sei. Und gerade deshalb möchte er auch einen erfolgreichen ÖPNV. Er gehe im Übrigen von den Wirtschafts- und Steuerprognosen von EBM Wersch aus. Zudem sei das kostenlose Angebot von vornherein zeitlich befristet.

StR Mader meint, man müsse sich grundlegend einmal fragen, ob man ein "weiter so" oder ein wirkliches Umdenken wolle. Der ÖPNV in seiner jetzigen Form werde von allen gutgeheißen. Natürlich sei ein bisschen was dran am Spruch "wenn es nichts kostet ist es nichts wert", aber er glaube durchaus, dass man hier einen Mittelweg finden könne. Man sollte dieses Thema daher nicht einfach so abtun, sondern noch einmal ernsthaft mit einer Vorlage diskutieren.

OB Zeidler erklärt, dass er den Vorschlag von StR Funk für zielführend halte. Ganz umsonst sollte der ÖPNV seiner Ansicht nach nicht sein. Zudem möchte er daran erinnern, dass die Stadt gerade weitere 500.000 Euro in den ÖPNV investiere.

StR Funk weist darauf hin, dass es legitim sei, wenn politische Parteien aufgrund von Mehreinnahmen Wünsche äußern.

EBM Wersch stellt klar, dass er die Steuereinnahmen der Jahre 2021/22 nicht genau voraussagen könne. Es sei hier immer nur eine Schätzung möglich.

StR Hagel schlägt vor, einen Kompromiss zu finden. Das 10er-Ticket dauerhaft einzuführen, hielte er für eine gute Lösung. Hier müsse man noch mit den Stadtwerken reden, die CDU-Fraktion wäre bereit, dort mitzugehen.

StRin Kübler erinnert daran, dass von der SPD-Fraktion jahrelang ein 1-Euro-Ticket gefordert wurde. Nun wolle die SPD ein Zeichen setzen. Würde der Vorschlag, das 10er-Ticket dauerhaft anzubieten ernsthaft diskutiert, dann wäre die SPD-Fraktion bereit, ihren Antrag zurückziehen, denn im Prinzip wäre dies ja das 1-Euro-Ticket.

StR Dr. Schmid möchte wissen, wie das Procedere in diesem Fall aussehe, denn der Gemeinderat wäre ja nicht preisbestimmend. Im Übrigen habe er es etwas ungünstig gefunden, dass mit dem neuen ÖPNV-Konzept auch die Preise erhöht wurden.

OB Zeidler schlägt vor, das Thema in der morgigen Sitzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke zu diskutieren.

StR Walter stimmt zu. Es sollte in Ruhe durchgerechnet werden. Preiserhöhungen fänden übrigens jedes Jahr mit dem Fahrplanwechsel statt. Dies sei daher ein Automatismus und letztlich ein Zufall, dass die Preiserhöhung mit der Einführung des neuen ÖPNV-Konzeptes zusammenfalle.

Damit sind die Anträge der Grünen- und SPD-Fraktion erledigt.

Ziffer 76: Rückkauf des Wassernetzes
– Antrag der CDU-Fraktion

StR Walter macht deutlich, dass die CDU-Fraktion den Rückkauf des Wassernetzes wünsche und der Verwaltung volle Rückendeckung gebe.

StRin Kübler pflichtet ihrem Vorredner bei. Auch die SPD-Fraktion stehe hinter dem Ansinnen.

StR Funk erinnert daran, dass die FDP damals gegen die Abgabe des Wassernetzes gestimmt habe. Seit vielen Jahren bereits hätten die Stadtwerke den Auftrag, das Netz zurückzukaufen. Insofern sei das Ganze nichts Neues, aber die FDP würden natürlich zustimmen.

Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion erledigt.

Ziffer 78: Das Liegenschaftsamt informiert auf geeignete Weise alle Pächter von städtischen landwirtschaftlichen Grundstücken über Vorschriften hinsichtlich der Ausbringung von Gülle
– Antrag der Freien Wähler

StRin Etzinger teilt mit, dass die Antwort der Verwaltung soweit passe. Allerdings solle im zweiten Satz das "gegebenenfalls" gestrichen und die Pächter direkt angeschrieben werden.

EBM Wersch erklärt, dass Pächter angeschrieben würden, wenn die Verwaltung dies für nötig erachte.

StRin Etzinger erwidert, dass die Freien Wähler dies als notwendig erachten und daher das "gegebenenfalls" gestrichen haben möchten.

OB Zeidler sagt zu, dass Pächter ergänzend angeschrieben werden.

Mit der Zusage der Verwaltung ist der Antrag der Freien Wähler erledigt.

Ziffer 80 und Ziffer 81: Senkung der Grundsteuer
– Anträge der FDP-Fraktion

StR Funk führt aus, dass es ein Daueranliegen der FDP sei, die Grundsteuer wieder auf 200 Prozentpunkte zu bringen. In diesem Jahr habe die FDP eine Senkung auf 195, bzw. 185 Prozentpunkte beantragt um zu zeigen, wie tief man gehen könne. Man habe dies auch gemacht, um dann vielleicht 200 Prozentpunkte zu bekommen. Nun habe die Verwaltung 200 Prozentpunkte vorgeschlagen und damit sei er schon zufrieden.

Somit zieht StR Funk den Antrag auf Absenkung der Grundsteuer auf 195, bzw. 185 Prozentpunkt zurück.

StR Walter erklärt, dass die CDU-Fraktion nicht immer für die Senkung der Grundsteuer auf 200 Prozentpunkte gewesen sei, da dies oftmals nicht gepasst habe. Da nun aber auch die Gewerbesteuer gesenkt werde, sei es angemessen, auch die Grundsteuer zu senken. 200 Prozentpunkte seien allerdings die unterste Grenze für die CDU.

StR Mader teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Senkung der Grundsteuer ablehne, da Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander stehen. Die SPD wolle eine allgemeine, nicht dem Grundbesitz vorbehaltene Entlastung für alle Bürger. Niedrigeren Gebühren bei Kindergärten oder ein kostenloser ÖPNV würden allen Bürgern zu Gute kommen. Die SPD möchte alle Bürger am Erfolg der Stadt beteiligen. Eine Absenkung der Grundsteuer passe nicht zu den immer wieder diskutierten Gebührenerhöhungen.

StRin Goeth widerspricht ihrem Vorredner. Die Senkung der Grundsteuer erfasse sowohl den Mieter als auch den Vermieter. Kinder habe nicht jeder und auch nicht alle Bürger würden Bus fahren. Die Freien Wähler seien auch damals für die Senkung der Grundsteuer gewesen und es sei schade gewesen, dass die CDU dem nicht zugestimmt habe. Von 300 auf 200 Punkte wäre eine spürbare Entlastung gewesen. Nun sei es ein eher kleiner Schritt, der von vielen Bürgern gar nicht wirklich bemerkt werde. Trotzdem würden die Freien Wähler gerne zustimmen.

StR Dr. Schmid erklärt, dass die Grünen uneinheitlich abstimmen werden.

StR Funk ergänzt, dass man jeden Tag von zu hohen Mieten lese und selten zwischen Kalt- und Warmmiete differenziert werde. Die Nebenkosten seien mittlerweile sehr hoch. Beim Wasser könne die Stadt nichts mehr bestimmen. Das einzige woran der Gemeinderat etwas ändern könne sei die Grundsteuer. Und eine Senkung von 400 auf 200 Prozentpunkte bemerke jeder, der seine Nebenkosten anschau.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss bei 10 Ja-Stimmen und restlichen Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Hebesatz der Grundsteuer (A und B) wird auf 200 Prozentpunkte gesenkt.

Ziffer 83: Ist es realistisch, die Anzahl der vergnügungssteuerpflichtigen Geräte von 157 auf künftig 36 bzw. die Anzahl der Spielhallen von 10 auf 3 zu reduzieren?

– Anfrage der SPD-Fraktion

StR Dr. Metzger möchte wissen, wie hierzu der aktuelle Stand sei.

OB Zeidler erläutert, dass der Gesetzgeber die Reduzierung wolle und die Verwaltung auch an dem Thema dran sei. Um keine Fehler zu machen, lasse sich die Stadt in diesem Punkt juristisch beraten. Es sei realistisch, dass die Anzahl der Spielhallen zurückgehen werde.

Ziffer 84: Aufschlüsselung der auf die einzelnen Vereine entfallenen Sportfördersummen

– Anfrage der SPD-Fraktion

StRin Kübler teilt mit, dass die Antwort der Verwaltung in Ordnung gehe. Sie würde nur noch interessieren, ob die Zuschüsse für die Tribüne in Ringschnait noch offen seien.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass dies im Moment ruhe.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2017

Damit ist die Vorberatung beendet und der Haushaltsplan wird mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

TOP 3. Änderung der Miet- und Benutzungsordnungen für städtische Veranstaltungshallen 2017/215
"Medienberichterstattung"

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/215 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler erklärt, dass dieser Vorgang auf eine Initiative des Städtetags zurückgehe, die er selbst sehr gut finde.

StR Schmogro meint, dass man, was die Absicht der Vorlage anbelange, vermutlich schnell große Einigkeit erzielen könne. Allerdings sei es auch ein bisschen ein vermintes Gelände. Wenn städtische Veranstaltungshallen für politische Veranstaltungen offenstehen, dann bestehe ein Anspruch auf Nutzung der Räumlichkeiten für alle Parteien, solange diese nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten wurden. Es stelle sich auch die Frage, ob eine weitergehende Widmungsbeschränkung hinsichtlich der Medienberichterstattung gerichtsfest sei. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei klar, dass bei öffentlichen politischen Veranstaltung die Medien Zugang erhalten müssen. Probleme sehe er allerdings bei Veranstaltungen wie Klausurtagungen. Diese wären nach den neuen Bestimmungen so zurückgezogen nicht mehr möglich. Hieraus folge für ihn, dass der Grundsatz des Zugangs von Medien eigentlich nur für solche Veranstaltungen gelten könne, die sich auch an die Öffentlichkeit richten. Bei den Rücktrittsgründen sollte seiner Ansicht nach noch der Tatbestand der Täuschung aufgeführt werden. In anderen Kommunen habe es bereits Anfragen zu Vermietungen von Privatpersonen gegeben, bei denen erst im Nachhinein herauskam, dass dahinter Vereine und politische Gruppierungen stecken. Auch sollte festgehalten werden, dass vom Vertrag zurückgetreten werden könne, wenn der tatsächliche Nutzungszweck vom vereinbarten Nutzungszweck abweichen sollte. Dies setze aber voraus, dass im Mietvertrag der Nutzungszweck ausdrücklich festgehalten wird. Zudem müsse man bedenken, dass man hauptsächlich über politische Veranstaltungen diskutiere. Seiner Ansicht nach müsste es aber weitergefasst werden und die Medienberichterstattung auch für religiöse oder sonstige weltanschauliche Veranstaltung gelten.

StR Mader bekundet die Zustimmung der SPD-Fraktion. Der Städtetag sei zur Einschätzung gekommen, dass die Stadtverwaltung diese Prinzipien durchaus aufstellen und auch deren Einhaltung einfordern kann. Er halte diese Prinzipien im Rahmen der medialen Öffentlichkeit für selbstverständlich. Der Städtetag und andere Städte machten dies vor. Wenn man einmal eine Klausurtagung abhalten möchte, müsse man da eben durch. Die Pressefreiheit sei eines der größten Grundrechte, die es zu wahren gelte.

StRin Goeth teilt die Ansicht von StR Schmogro. Wahlkampfveranstaltungen müssten natürlich öffentlich sein, schließlich sei dies der Sinn von solchen Veranstaltungen. Daneben gebe es aber immer wieder parteiinterne Veranstaltungen, bei denen die Öffentlichkeit nicht beteiligt ist. Auch solche Veranstaltungen müssten in städtischen Räumlichkeiten möglich sein. Ansonsten stelle sich die Frage, ob künftig auch der Gemeinderat seine Klausurtagungen außerhalb städtischer Einrichtungen machen müsse. Sie warne vor einer zu starken Reglementierung. Nicht alles was andere Städte machen habe Vorbildcharakter. Sie plädiere dafür, das erst einmal zu beobachten. Bisher habe es in Biberach nach ihrem Kenntnisstand keine Konflikte deswegen gegeben. Sie wäre daher erst einmal zurückhaltend.

StR Dr. Wilhelm teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze. Die Pressefreiheit sei ein hohes Gut. Parteiinterne Veranstaltungen sollten dann eben nicht zugelassen werden.

Amtsleiter Buchmann erklärt, dass es tatsächlich eine Frage der Widmung sei. Hier müsse man klar sagen, was in Biberach gewollt sei und was nicht. Tatsächlich habe es schon einen Fall gegeben, in dem ein Medienvertreter keinen Zugang zur Veranstaltung erhalten habe. Natürlich könne der Sachverhalt auf weltanschauliche und religiöse Veranstaltungen erweitert werden. Es stelle sich aber die Frage, ob man dies wirklich wolle. Bei den Klausurtagungen wisse er auch nicht, wie man es machen könne. Natürlich würde er solch eine Veranstaltung gerne bei sich stattfinden lassen, aber man brauche hierfür eine eindeutige Regelung. Eine Klausurtagung sei eine politische Veranstaltung und dementsprechend müsse die Berichterstattung zugelassen werden. Hier müsse der Gemeinderat sagen, ob man die Stadthalle für solche Veranstaltungen benötige oder nicht. Ein Landesparteitag sei bisher immer öffentlich gewesen. Eine Klausurtagung hingegen wäre nicht-öffentlich und könne daher tatsächlich nicht zugelassen werden. Letztlich müsse der Gemeinderat entscheiden, was zugelassen werden soll und was nicht. Er selbst möchte sich absichern, denn die Stadt bekomme den Ärger, wenn Veranstaltungen von Parteien abgehalten werden, die sich am Rande des Spektrums befinden. Aus diesem Grund habe er den Vorschlag gemacht.

StRin Jeggle erklärt, dass Transparenz sehr wichtig sei. Der Gemeinderat müsse sich aber auch fragen, ob man es sich leisten könne, interne Fraktionsarbeit von öffentlichen Gebäuden auszuschließen. Dem würde sie nicht zustimmen.

StR Schmogro meint, dass man heute keine Lösung finden werde. Öffentlichkeit sei das eine. Es brauche aber auch die Möglichkeit der Parteien, sich zurückzuziehen und sich zunächst intern abzustimmen. Es sei Aufgabe des demokratischen Staats, hierfür Räume zur Verfügung zu stellen. Solange Parteien oder Vereinigungen nicht als verfassungsfeindlich eingestuft wurden, müsse man seiner Ansicht nach diese Kröte schlucken. Klausurtagungen müssten unabhängig davon, ob dafür wirklich städtische Räumlichkeiten benötigt werden, prinzipiell möglich sein, denn damit werde auch signalisiert, dass es gewünscht ist, dass sich Bürger für das Gemeinwesen engagieren.

OB Zeidler schlägt vor, die offenen Fragen an den Städtetag zurück zu delegieren und die Vorlage zurückzuziehen. Im ersten Halbjahr 2018 soll das Thema erneut aufgegriffen werden.

Hierauf erregt sich kein Widerspruch. **Damit ist die Vorlage zurückgezogen.**

**TOP 4. Anpassung der städtischen Förderung von Bühnenproduktionen 2017/216
von Vereinen und Stiftungen in der Stadthalle zum 01. Januar
2018**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/216 zur Beschlussfassung vor.

Amtsleiter Buchmann erläutert, dass die Stadthalle zum 1. September die Preise erhöht habe. Es sei daher konsequent und folgerichtig, zum 1. Januar 2018 auch die Fördersätze anzupassen. Die künftigen Fördersätze werden die Vereine und Stiftungen nicht schlechter stellen als bisher. Dennoch müssten bei besonders aufwendigen Produktionen Zuzahlungen geleistet werden. Er schlägt vor, nach der Beschlussfassung heute die betroffenen Vereine über die neuen Fördersätze zu informieren. Er bitte den Gemeinderat, der Erhöhung der Fördersätze zuzustimmen.

StR Walter möchte die Vorlage absetzen und zunächst die Stellungnahmen der Vereine abwarten. Auf die CDU-Fraktion seien bereits Vereine zugekommen und hätten ihre Not mit den neuen Gebührensätzen geschildert. So gebe es beispielsweise eine Veranstaltung des Dramatischen Vereins, für die eine Rechnung in Höhe von 40.000 Euro ausgestellt wurde aufgrund der technischen Vorarbeiten. Die technische Ausstattung sei in den Hallen vorhanden und die CDU möchte auch, dass die Vereine diese nutzen können. Aus diesem Grund sollten die Vorsitzenden der Vereine als sachkundige Bürger zu Wort kommen oder der Ehrenamtsbeauftragte sollte auf die Vereine zugehen und Informationen einholen. So könnte man einmal herausfinden, ob seit der Gebührenerhöhung Veranstaltungen aufgrund der gestiegenen Preise nicht mehr stattgefunden haben. Heute möchte die CDU-Fraktion nicht über die Anpassung der Fördersätze beschließen.

StRin Kübler meint, dass es sich um eine wichtige Vorlage handle. Auch sie habe von verschiedenen Vereinen gehört, dass die technische Ausstattung sehr teuer sei und ihr Budget über die Maßen belaste. Die Eintrittsgelder würden dies bei weitem nicht ausgleichen und auch die Suche nach Sponsoren gestalte sich immer schwieriger. Beim ersten Lesen der Vorlage habe sie diese gut gefunden, doch beim genaueren Hinsehen seien ihr Zweifel gekommen, ob die Vereine von der Erhöhung der Fördersätze wirklich profitieren. Insofern schließe sie sich ihrem Vorredner an und bitte darum, zunächst mit den Vereinen zu sprechen.

StR Hummler führt aus, dass alle froh seien über das kulturelle Leben in Biberach. Insofern sei die finanzielle Unterstützung unstrittig. So wie er es verstanden habe, dient die Erhöhung der Fördersätze nicht dazu, die Vereine besserzustellen, sondern die Inflation auszugleichen und die Erhöhung der Gebührensätze abzufedern. Kernfrage sei somit, ob mit den Vereinen gesprochen wurde. Sollte in dieser Hinsicht noch Handlungsbedarf bestehen, hätten die Freien Wähler kein Problem damit, die Vorlage zurückzustellen. Auch unabhängig davon habe er noch einige Fragen. So gebe es beispielsweise ab der zweiten Aufführung einen Rabatt, allerdings sei schon die Hauptprobe kostenpflichtig. Dies bedeute, dass Vereine vor allem dann vom Rabatt profitieren, wenn sie mehrere Aufführungen haben. Er habe den Verdacht, dass nicht alle Vereine den Ausgleich für die Einbeziehung der Hauptprobe bekommen. Auch sei ihm aufgefallen, dass die Erhöhung bei den verschiedenen Vereinen stark unterschiedlich ausfalle. Hierfür hätte er gerne eine Erklärung.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2017

StR Dr. Schmid stellt klar, dass die Stadthalle, und vor allem die Technik, sehr teuer sei. Vereine müssten sich daher gut überlegen, ob sie in der Stadthalle spielen sollen oder woanders. Die Saalmiete sei mit der bisherigen Förderung abgedeckt, aber nicht die Technik. Hierum gehe es in der Vorlage. Man müsse auch bedenken, dass es sich um Amateurvereine handele. Insgesamt handele es sich um eine sinnvolle Förderung der Kultur, der die Grünen gerne zustimmen.

StR Funk möchte wissen, was mit Produktionen passiere, wenn die Vorlage heute nicht beschlossen würde und ob diese Produktionen dann mehr bezahlen müssten. Ferner erkundigt er sich, ob sich das Kulturbudget durch die höheren Einnahmen seit September verändert habe.

OB Zeidler teilt mit, dass die aufgeworfenen Fragen in eine weitere Vorlage münden werden. Die Vereine hätten idealerweise vorher angesprochen werden müssen. Vielleicht könnte man die neuen Fördersätze dann auch mit Beispielrechnungen hinterlegen. Das würde es etwas transparenter machen. Was er nicht möchte sei, dass der Ehrenamtsbeauftragte nun zum Herold des Kulturdezernats werde. Das sei nicht seine Aufgabe, sondern Aufgabe des jeweiligen Fachamtes. Für die zwischenzeitlich stattfindenden Silvesteraufführungen des Dramatischen Vereines gebe es das Instrument der Rückwirkung.

Damit ist die Vorlage zurückgezogen.

TOP 5. Fortsetzung des Cateringkonzepts der Stadthalle Biberach

2017/218

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2017/218 zur Vorberatung vor.

Amtsleiter Buchmann führt aus, dass seit September 2016 der Probetrieb laufe und dieser noch bis März 2018 weitergehen solle. Es habe sich gezeigt, dass das Konzept richtig ist und überall gelobt wird. Es sei auch in anderen Städten so, dass bisher von Pächtern betriebene Gastronomien geschlossen und keine neuen Pächter mehr gefunden werden. Von daher seien auch andere Städte auf der Suche nach Konzepten für ihre Stadthallen. Das Konzept in Biberach mit unterschiedlichen Caterern funktioniere seiner Einschätzung nach sehr gut. Es gebe zwar Caterer, mit denen man öfter zusammenarbeite, aber immer wieder kämen auch neue Caterer und dies sei auch gut so. Durch die hohe Flexibilität und Motivation des Teams gelinge es auch, innovative Konzepte umzusetzen, was insgesamt auch dem Ambiente einer Veranstaltung zuträglich sei.

StRin Authalter meint, dass das Konzept fortgesetzt werden sollte, es sei sehr gut angelaufen. Auch von den Gästen höre man nur Gutes. Das Angebot solle sich rechnen und die Qualität gut, aber die Preise günstig sein.

StR Mader stimmt seiner Vorrednerin zu. Das neue Angebot greife, was auch auf das große Engagement aller Beteiligten zurückzuführen sei. Allerdings warne er davor, das Angebot aus Euphorie auszuweiten. Ein hoher Wareneinsatz und der geringe Umsatz pro Besucher zeige, dass es bei diesem kleinen Service bleiben sollte. Die Verwaltung sollte keine Gastronomie betreiben. Ihn würde interessieren, wie es mit den Kegelbahnen laufe.

StRin Goeth spricht sich ebenfalls für die Fortführung des Konzepts aus. Das Catering laufe sehr gut, sie könne gerne zustimmen, zumal die zusätzlichen Ausgaben für die Stellen durch entsprechende Einnahmen gedeckt seien. Wenn es nun noch gelinge, den hohen Wareneinsatz zu reduzieren, dann sei sie sehr zufrieden.

StRin Hölz möchte wissen, wie es mit einem Gesamtkonzept aussehe und wie es mit den Kegelbahnen weitergehe. Hinsichtlich der Personalstellen möchte sie wissen, wann diese entfristet werden müssen. Auch der hohe Wareneinsatz sei ihr aufgefallen. Hier würde sie interessieren, worauf dies zurückzuführen sei und was man dagegen tun könne. Bezüglich des Sperrvermerks möchte sie wissen, was alles hierunter falle.

StR Funk bekundet ebenfalls seine Zustimmung.

Amtsleiter Buchmann erklärt, momentan nicht an einem Ausbau des Konzepts interessiert zu sein. Er möchte lediglich flexibel reagieren können. Der Einsatz von Auszubildenden sei lediglich eine Übergangslösung und diese sollen nicht dauerhaft in der Gastronomie eingesetzt werden. Die Kegelbahnen würden von der TG Biberach genutzt, allerdings gebe es Probleme mit dem Umbau. Um trotzdem den Betrieb zu ermöglichen, werde ein separater Zugang geschaffen. Die Machbarkeitsstudie habe mit der heutigen Vorlage nichts zu tun. Auf die geplante Telefonanlage sei er deshalb nicht extra eingegangen. Den hohen Wareneinsatz möchte er besser in den Griff bekommen, dieser hänge tatsächlich mit der Qualität der eingesetzten Waren zusammen. Die Entfristung sollte jetzt passieren, denn sonst könnten die Mitarbeiter ab April nicht mehr tätig sein.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 6. Offene Anträge - Antrag der CDU-Fraktion im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2017 2017/034

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/034 zur Kenntnisnahme vor.

OB Zeidler schlägt vor, die Liste der Anträge einzeln durchzugehen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Es werden alle Anträge als erledigt angesehen mit Ausnahme der Kleingartenanlagen. Im Hinblick auf das Kultur-Abo für Schülerinnen und Schüler sieht StR Walter noch Potential, junge Leute intensiver an Kultur heranzuführen. Hier könne die Verwaltung noch kreativ werden. Was die Aufenthaltsqualität für junge Menschen anbelangt, bittet StR Hummler um Infos zum Stand der einmal geplanten Disko in Birkendorf.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass sich diese Sache sehr enttäuschend für die Stadt entwickelt habe. Man habe den Bebauungsplan geändert, wodurch eine Diskothek nun in diesem Gebiet zulässig wäre. Der Interessent habe dann aber keinen Bauantrag eingereicht und das Projekt erst einmal zur Seite geschoben. Planungsrechtlich gebe es keine Hürden mehr, wenn ein anderer Betreiber käme.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

TOP 7.1. Bekanntgabe eines nichtöffentlichen Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.04.2017 2017/139

Dem Hauptausschuss liegt dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/139 zur Kenntnisnahme vor.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

TOP 7.2. Verschiedenes - Stadtführungs-Software

Amtsleiter Buchmann meint, dass vorhin die Spezialsoftware für Stadtführungen angesprochen worden sei. Er möchte vorschlagen, einen Sperrvermerk auf die Mittel für diese Software zu setzen. In Abstimmung mit dem Hauptamt sollen dann Angebote eingeholt und erneut eine Vorlage ins Gremium eingebracht werden. Aufgrund dieser Vorlage könne der Gemeinderat dann über die Anschaffung der Software entscheiden.

OB Zeidler bezeichnet diese Vorgehensweise als sinnvoll und erklärt sich damit einverstanden.

Hauptausschuss, 05.12.2017, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Zeidler

Stadträtin: Goeth

Stadtrat: Walter

Schriftführer: Achberger

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann